

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 54 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen zum Thema „kriminelle und korruptive Netzwerke in Sachsen“

Dringlicher Antrag der Fraktion LINKE, SPD und Bündnis90/Die Grünen
gehalten im 16. Plenum am 20. Mai 2010

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

das Sumpffieber ist eine recht heimtückische Krankheit. Immer wieder erleiden Infizierte schwere Fieberschübe - ganz offenbar auch mit einigen Jahren Abstand. Anscheinend ist die speziell in Sachsen grassierende Form des Sumpffiebers mit Medikamenten der Wirkmethoden *Weitemeier*, *Beyer/Irrgang* oder *Staatsanwaltschaft Dresden* nicht zu behandeln. Oder wir haben es mit einem äußerst resistenten Patientenstamm zu tun, dem offenbar nur Abgeordnete der Opposition angehören.

Leider ist das Geschilderte und sind die Infizierten kein Fall für die Quarantäne-Station des Robert-Koch-Instituts in Hamburg. Wir müssen uns hier im Sächsischen Landtag mit dem neuesten Ausbruch der Krankheit beschäftigen.

Eigentlich hatte ich gehofft, dass zwei Jahre in der Selbsthilfegruppe des 2. Untersuchungsausschusses der alten Legislaturperiode zur Heilung gereicht haben. Aber schon bei der Diskussion über den Abschlußbericht zeigte sich, dass mehr Medikamente notwendig sind, um auch die letzten Symptome der Krankheit im Chemnitzer Raum zu beseitigen.

Meine Damen und Herren,

zwei Jahre hat der 2. Untersuchungsausschuss der letzten Legislaturperiode ermittelt. Die damalige Arbeit hat mehrere Ergebnisse gezeigt:

1. Oft genug war sich die Opposition nicht einig, was man nun genau ermitteln wollte.
2. Skandalisierung ging immer vor Sacharbeit.

Und schließlich:

3. Den Sachsen-Sumpf hat es nie gegeben!

Von der einstigen Skandalgeschichte des Jahres 2007 ist nicht mehr viel übrig geblieben. Außer die straf- und zivilrechtlichen Verfahren gegen diejenigen, die fleißig daran mitgewirkt hatten, den Freistaat Sachsen mit einer beispiellosen Skandalisierungswelle zu überziehen.

Der selbsternannte Mafia-Experte Jürgen Roth musste diverse Unterlassungserklärungen abgeben. Die Höhe des Schadensersatzes kann er wohl nur schwer durch das Schreiben neuer Skandalbücher kompensieren.

Journalisten des „Spiegel“ wollen plötzlich nicht mehr Autoren eines Artikels von Anfang 2008 gewesen sein, der unbescholtene Bürger ganz ungeniert in den Bereich des sexuellen Mißbrauchs von Minderjährigen rückte. Diese Journalisten waren sich nicht zu schade, vor den staatsanwaltschaftlichen Befragungen auf die damaligen Opfer zuzugehen, um Aussagen in ihrem Sinn zu bekommen.

Aber jetzt ziehen die feinen Herren den Schwanz ein und wollen es nicht mehr gewesen sein.

Wie war es vor knapp 3 Jahren? Jedes noch so abwegige Gerücht jagte das Nächste. Die Medien überboten sich in der Darstellung des vermeintlichen Abgrundes. Die Opposition geiferte und witterte die Chance ihres Lebens - allen voran die Linkspartei.

Keine zwei Jahre später blieben bei der Landtagswahl über drei Prozent Verlust übrig - und ein bedröppelter Spitzenkandidat, der fast vom eigenen Parteivorsitzenden abgeräumt worden wäre.

Meine Damen und Herren,

es ist gut, dass der Wähler diese Skandalisierung nicht honoriert hat. Aber es ist dem Freistaat Sachsen durch die haltlosen Gerüchte ein enormer Schaden entstanden. Ein Schaden, den Sie von der Linken zu verantworten haben.

Doppelt schlimm ist aber, dass die Linke nichts gelernt hat und ihre Legende vom Sachsen-Sumpf weiterstricken will. Nun muss also der Landesrechnungshof und sein Prüfbericht zu einem Grundstücksgeschäft in Leipzig herhalten.

Nach den intensiven Beratungen im Verfassungs-, Rechts- und Europaausschuss stand zu erwarten, dass Sie dies zum Gegenstand eines neuerlichen Untersuchungsausschusses machen.

Allerdings stellte der Landesrechnungshof schon in seiner Prüfmitteilung vom Juli 2009 fest, dass es „keine Hinweise auf mafiöse Netzwerke und organisierte Kriminalität unter Beteiligung öffentlich Bediensteter im Zusammenhang mit den Grundstücksgeschäften der LWB“ gibt.

Was soll dann noch Ihr Antrag für einen Untersuchungsausschuss? Sind Sie alle mal wieder klüger als Landesrechnungshof, Staatsanwaltschaften, Prüfgruppen und Gerichte zusammen? Die Vergangenheit müsste Ihnen doch eindrucksvoll gezeigt haben, dass das nicht so ist.

So ein bißchen müssen Sie das wohl auch ahnen. Wer gedacht hätte, die Linke konzentriert sich auf einige wenige Komplexe, der sah sich getäuscht. Der ganze Unsinn der vergangenen Legislaturperiode wurde wieder auf 15 Seiten zusammengeschrieben und als Einsetzungsantrag auf den Weg gebracht.

Dass Sie damals von ihrem tot gerittenen Pferd nicht absteigen wollten, mag man ja noch verstehen. Dass Sie jetzt aber versuchen, auf den toten Gaul wieder aufzusteigen, kann man nur noch mit Ignoranz oder totaler Verblendung erklären.

Meine Damen und Herren,

der Sächsische Landtag verkommt wieder zur Bühne für die persönlichen Interessen der Herren Bartl und Hahn. Geradezu willfährig behilflich sind wieder einige Steigbügelhalter der anderen Oppositionsparteien. Schlimm genug, dass Sie sich damit hinter den Minderheitenrechten unserer Verfassung verstecken können.

Über das makabere Schauspiel bei der Reihenfolge der Untersuchungsausschüsse habe ich bereits in der letzten Plenarsitzung gesprochen. Die Grünen haben mit dem „Müll-Untersuchungsausschuss“ ihre Spielwiese bekommen. Mit der heutigen Zustimmung bedanken sie sich nun bei den Linken für deren Unterstützung. Peinlich, aber oppositionelle Realität in Sachsen.

Frau Hermenau hatte schon damals ihre Bedenken gegen dieses Vorgehen geäußert. Die Grünen haben trotzdem mitgemacht.

Gestern wird Martin Dulig in der „Freien Presse“ mit den Worten zitiert, dass sich die Menschen im Land mit anderen Problemen beschäftigen. Recht hat er.

Und die Grünen haben wieder Bauchschmerzen.

Toll! Wie schmerzresistent sind Sie denn? Seien Sie doch endlich konsequent!

Wer zur Erkenntnis gekommen ist, dass der Untersuchungsausschuss Unsinn und blinder Aktionismus ist, der muss ihn ablehnen und nicht seine Unterschrift darunter setzen. Hier versagen leider SPD und Grüne aus falsch verstandener Nibelungentreue zur Linken auf ganzer Linie.

Meine Damen und Herren,

es geht aber noch weiter. Besonders perfide wird es, wenn Sie nun auch das Krisenmanagement der Staatsregierung untersucht wissen wollen. Hier soll dann also der Bock zum Gärtner gemacht werden.

Die Skandalisierer von damals wollen den Skandal untersuchen. Das ist an Zynismus nicht mehr zu überbieten und dass werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

Meine Damen und Herren,

noch etwas ist frappierend: Wir diskutieren hier über mehr als 15 Seiten Einsetzungsantrag. Dieser Antrag liegt meinen Fraktionskollegen erst seit gestern vor. Weniger als 24 Stunden Zeit, um sich auf die heutige Debatte vorzubereiten.

Man stelle sich einmal vor, die Koalition würde derart kurzfristig eine Initiative einbringen. Ich sehe lebhaft vor mir, mit welcher wutschäumender Rede Herr Bartl die Mißachtung des Parlaments geißeln würde.

Meine Damen und Herren von den Linken, ihre wohlfeilen Worte fallen nun auf Sie zurück – Sie mißachten Ihre sonst eingeforderten Regeln.

Meine Damen und Herren,

die Legende vom Sachsensumpf soll weiter gestrickt werden. Einen wirklichen Aufklärungswillen spreche ich der Opposition ab. Vielmehr ist es wohl die Hoffnung auf neue Skandalschlagzeilen, die Sie zu diesem Untersuchungsausschuss bringt.

Der Freistaat Sachsen hat andere und wichtigere Probleme zu lösen. Sie verschwenden Steuergelder und die Arbeitszeit von Abgeordneten und Verwaltung. Dass Sie dem Freistaat damit mehr schaden als nützen, nehmen Sie billigend in Kauf.

Herr Bartl mag seinen Wortfetisch pflegen, wo er will. Das Wort „Netzwerk“ scheint dabei besonders beliebt zu sein. Wahlweise mit den Worten „korruptiv“ oder „kriminell“ dekoriert. Erst sah er dies sachsenweit, jetzt beschränkt er sich auf lokale Netzwerke. Hauptsache, dass Wort bleibt in der Verwendung.

Das zeigt die Wendigkeit bei diesem Thema. Was nicht paßt, wird halt passend gemacht. Sie können sich aber sicher sein, dass wir in der Ausschussarbeit alles tun werden, um ihre eitlen Selbstdarstellungen zu unterbinden.

Die CDU-Fraktion wird sich an Ihren Spielchen nicht beteiligen. Den Sachsen-Sumpf hat es nie gegeben und Sie werden auch mit diesem Untersuchungsausschuss nichts anderes herausfinden. Schade um die vergeudete Lebenszeit!

Nur aufgrund der Achtung von Minderheitenrechten in diesem Parlament werden wir uns der Stimme enthalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!